



Emotionen statt Argumente

Hintergründe zu den Protesten gegen TTIP

Matthias Bauer

Zum Mitnehmen

- Der Widerstand gegen TTIP in Deutschland kommt vor allem aus einem kleinen, gut vernetzten Lager von Nichtregierungsorganisationen. Im Mittelpunkt der Anti-TTIP-Aktivitäten in Deutschland steht die Organisation Campact. Diese entwickelt Aktionen, die den allgemeinen Trend zu Nachhaltigkeitsthemen, Skepsis gegenüber den USA und wirtschaftskritischen Ideen für die Mobilisierung gegen das Transatlantische Freihandelsabkommen nutzen.
- Die Arbeit von Campact wird durch Spenden finanziert. Es gibt kaum Informationen darüber, wie viele Großspender die Arbeit des Vereins unterstützen, welche Interessen sie vertreten und wie sie diese gegenüber dem Verein artikulieren.
- Das Internet verleiht den TTIP-kritischen Organisationen große Mobilisierungskraft. Ihre Kampagnen erzeugen eine hohe mediale Aufmerksamkeit. Dabei basieren sie auf spekulativen Behauptungen und setzen auf Angstgefühle. Komplexe Themen werden selektiv auf einfach zugespitzte Botschaften reduziert und emotionalisiert. Zudem sind die TTIP-Kritiker besonders aktiv in den sozialen Online-Medien. Im Vergleich zu anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen treten sie überproportional häufig in Erscheinung.
- Während die Organisatoren der Anti-TTIP-Proteste vor allem Detailfragen erfolgreich skandalisieren, haben sowohl klare TTIP-Befürworter als auch Vertreter ausgewogener Sichtweisen bislang große Mühe, in die öffentliche Debatte durchzudringen.

INHALT

2 | 1. Einleitung**3 | 2. „Stop TTIP“:
Wettstreit um die
öffentliche Meinung****5 | 3. TTIP unfair-
handelbar: Protest
„made in Germany“****8 | 4. Campaign and
Action: Ein aktions-
orientiertes
Geschäftsmodell****18 | 5. Liberalisierung
ja, aber nicht um
jeden Preis****21 | 6. Fazit und
Ausblick****22 | Literatur-
verzeichnis**

Die Anti-TTIP-Kampagnen erschweren eine ausgewogene Debatte, die auf Sachargumente basiert.

1. Einleitung

„Vereint gegen den Freihandel: Die Initiative „Stop TTIP“ besteht aus Umweltvereinen, Marxisten, Attac und Brot für die Welt“, so lautete der Aufmacher eines Artikels über die europäische Bürgerinitiative gegen das Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen (kurz TTIP), der am 27. Dezember 2014 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* erschien (FAZ 2014). Die im Sommer 2014 gestartete europaweite Initiative gegen TTIP, „Stop TTIP“, hat ihren Ursprung in der deutschen Protestbewegung „TTIP Unfairhandelbar“. Beide Bündnisse bestehen aus einer bunten Mischung zivilgesellschaftlicher Gruppen, die es trotz zum Teil stark divergierender Ziele und Interessen geschafft haben, die öffentliche Meinung über TTIP in Deutschland spürbar zu beeinflussen.

Die Ziele und die zugespitzte Artikulation der Positionen und Argumente lassen unterschwellig Anti-Amerikanismus und eine Tendenz zur Ablehnung offener Märkte erkennen. Unter den Unterstützern der Protestbewegung, die sich selbst regelmäßig als „Bürger-Netzwerk“ bezeichnet, finden sich Gewerkschaften, Bürgerrechtler und Umweltschützer sowie politisch links orientierte Interessengruppen und Parteien.

Die Initiatoren der Anti-TTIP-Kampagnen, allen voran die Aktivisten der in Deutschland ansässigen Kampagnen-Organisation „Campact“, verfolgen explizit das Ziel, möglichst breit gegen TTIP zu mobilisieren. Der Protest soll zudem über die Grenzen Deutschlands hinaus in andere europäische Länder getragen werden. Dem Bündnis um Campact gelingt es dabei, das komplexe Thema Handelspolitik auf plastische Negativbeispiele zu reduzieren. Stilmittel der Spekulation und Übertreibung sowie die Emotionalisierung abstrakter Sachverhalte werden erfolgreich in der Formulierung kreativer Botschaften angewendet. Die Themen Demokratie, Umwelt- und Verbraucherschutz und die Rechte der Arbeitnehmer stehen dabei im Mittelpunkt der Argumentationsführung gegen TTIP. Darüber hinaus gelingt es den Aktivisten durch die Online-Medien, den Protest gegen TTIP in die Köpfe möglichst vieler Menschen zu bringen. Leicht zugänglich aufbereitete Informationen werden dabei über bezahlte Suchmaschinen-Anzeigen prominent unter den Suchergebnissen angezeigt. Über Online-Petitionen werden die Bürger eingeladen, sich „niedrigschwellig“ per Mausclick am politischen Meinungsbildungsprozess zu beteiligen.

Die Anti-TTIP-Kampagnen bringen die Befürworter des Abkommens in Bedrängnis und erschweren eine ausgewogene Debatte auf der Grundlage von Sachargumenten. Die Europäische Kommission, die stellvertretend für die europäischen Mitgliedsstaaten die Verhandlungen mit den USA führt, hat als Reaktion auf die Proteste eine beachtliche Transparenzinitiative auf den Weg gebracht. Diese Entwicklung ist begrüßenswert, denn das Thema Handelspolitik genoss bislang kaum das Interesse vieler Bürger und die demokratische Kontrolle oblag vor allem dem Europäischen Parlament und den Parlamenten der EU-Mitgliedsstaaten.

Die von Spekulationen und Ängsten geprägten Kampagnen laufen einer ausgewogenen und sachlichen Debatte zuwider. Durch ihre Reichweite bergen sie die Gefahr, dass ein Zeitgeist in Deutschland und Europa an Akzeptanz gewinnt, in dem Unternehmertum und marktwirtschaftliche Prinzipien in Frage gestellt werden. Das setzt auch das Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft unter Druck.

2. „Stop TTIP“: Wettstreit um die öffentliche Meinung

Die im Frühjahr 2013 offiziell bekanntgemachte Aufnahme der Verhandlungen über ein Transatlantisches Freihandelsabkommen wurde von vielen Beobachtern aus Politik, Presse und Zivilgesellschaft zunächst begrüßt (FAZ 2013, PEW 2013). Gleichzeitig war vielen mit Handelsbeziehungen vertrauten Experten klar, dass die Verhandlungsführer mit dem Widerstand verschiedener Interessengruppen zu rechnen haben würden. In Verhandlungen über die Erleichterung des grenzüberschreitenden Handels ist es üblich, dass Vertreter geschützter Wirtschaftszweige den Wunsch äußern, den eigenen Sektor von den Verhandlungen auszuschließen oder wenigstens ein Mindestmaß an nationalen Regulierungen in die Zukunft fort zu schreiben, um sich vor steigendem Wettbewerb aus dem Ausland abzusichern. Der Widerstand gegen TTIP regte sich allerdings – auch zur Überraschung vieler Experten – in der europäischen Zivilgesellschaft, vor allem in Deutschland (Handelsblatt 2015).

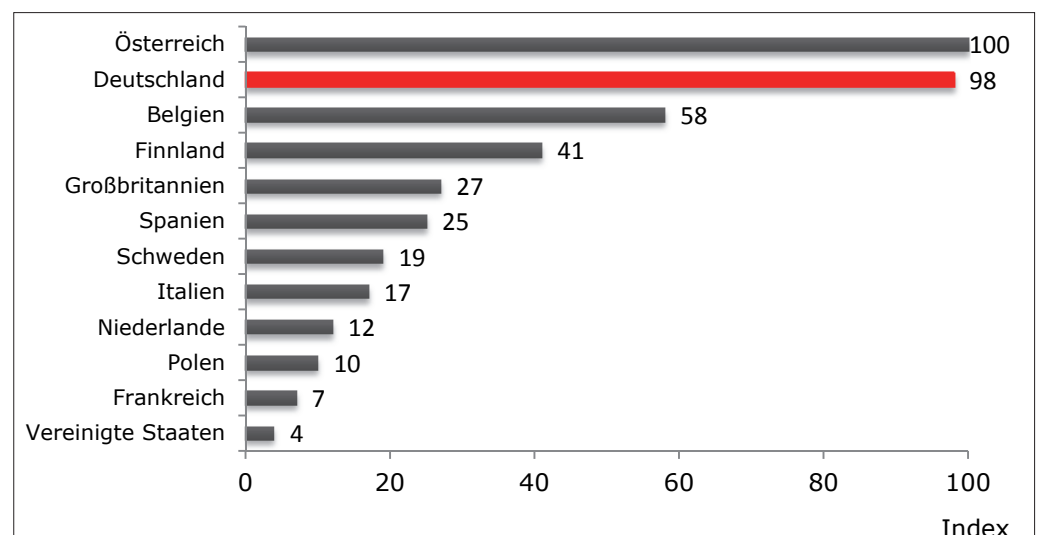
Zivilgesellschaftliche Organisationen aus Deutschland äußerten sich besonders kritisch zu möglichen Auswirkungen einer Transatlantischen Freihandelszone auf den Umwelt- und Verbraucherschutz in Europa. Eine Gruppe von globalisierungskritischen Vereinigungen und Umweltschutzverbänden brachte eine Vielzahl unterschiedlichster Vorbehalte in einem besonders kämpferischen Ton zum Ausdruck. Im Zentrum der von diesen Gruppen initiierten Aktivitäten steht die Forderung, das geplante Abkommen als Ganzes zu stoppen. In der zweiten Jahreshälfte 2013 wurde der Protest in Deutschland institutionalisiert. Eine Gruppe von Nichtregierungsorganisationen, darunter vor allem die Kampagnenorganisation Campact, organisierte Kampagnen im Internet und „auf der Straße“ – mit dem Ziel Massenproteste herbeizuführen (Bautz 2014; TTIP unfairhandelbar 2014).

Den deutschen Protestgruppen gelang es, ein komplexes Thema durch einfache Botschaften in die Köpfe vieler Menschen zu bringen. Die Folge: Das Interesse an TTIP ist heute im deutschsprachigen Raum im Vergleich zu anderen Staaten Europas und auch im Verhältnis zu den USA um ein Vielfaches höher. So ist das Interesse an TTIP-relevanten Themen in der Suchmaschine Google in Deutschland 14-mal höher als in Frankreich und 25-mal höher als in den Vereinigten Staaten (vgl. Abbildung 1).

Der Widerstand gegen TTIP kommt vor allem aus einem kleinen, gut vernetzten Lager von Nichtregierungsorganisationen.

Das Interesse an TTIP-relevanten Themen in der Suchmaschine Google in Deutschland ist 14-mal höher als in Frankreich und 25-mal höher als in den USA.

Abbildung 1: Länderspezifisches TTIP-Interesse



Quelle: Google Trends. Eigene Auswertung. Die Zahlen in der Grafik geben an, wie oft im Vergleich zu allen in einer Region im Laufe der Zeit auf Google gestellten Suchanfragen nach „TTIP“ gesucht wurde. Sie stellen keine absoluten Suchvolumenzahlen dar, da die Daten normalisiert sind und auf einer Skala von 0 bis 100 angezeigt werden. Die normierten Suchanfragen je Land werden durch den Höchstwert (Österreich) dividiert und mit 100 multipliziert. Zeitraum: 1. Juli 2013 bis 21. Februar 2015.

Der überwiegende Teil der Berichterstattung über TTIP in Deutschland ist negativ. Die Chancen des Abkommens, etwa die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen oder faire und diskriminierungsfreie Regeln für Handel und Investitionen, werden in großen Teilen in der medialen Berichterstattung entweder ganz ausgeklammert oder in einem kritischen Licht dargelegt. Ganz im Sinne des Medien-Mantras „only bad news is good news“ werden potenzielle Risiken des Abkommens überproportional stark adressiert.

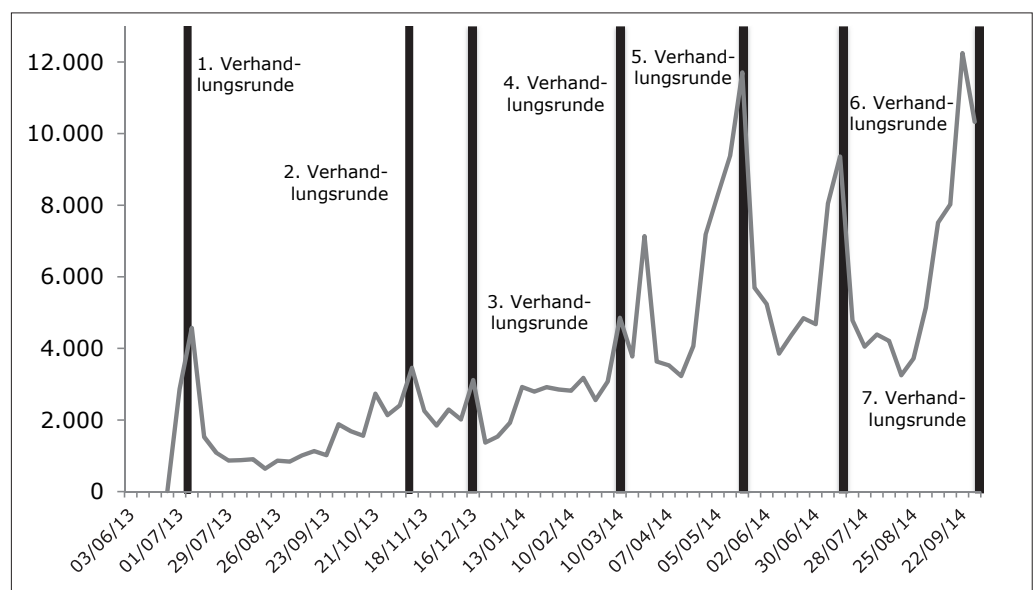
Die Debatte um die Chancen und Risiken des Abkommens hat sich nicht nur in Deutschland, sondern auch in einigen anderen Teilen Europas, zu einer Angstdebatte gewandelt, in der einige zivilgesellschaftliche Organisationen gerade im Internet eine „emotional aufgeladene Aufmerksamkeit [zu] schaffen.“ (Rudloff 2015) Die Präsenz TTIP-relevanter Themen in den europäischen Online-Medien ist über den Zeitverlauf der Verhandlungen kontinuierlich gestiegen (vgl. Abbildung 2). Die Durchdringung der Online-Medien verdreifachte sich seit Beginn der Verhandlungen im Juli 2013. Die Entwicklung der Berichterstattung zeigt auch, dass die Durchdringung der Online-Medien aufgrund konzertierter Anti-TTIP-Kampagnen gerade im Verlauf von Verhandlungsrunden besonders hoch ist. Es sind fast ausschließlich die Protestgruppen, die während der meist einwöchigen Verhandlungsrunden im Rahmen koordinierter Kampagnen die Berichterstattung in den Online-Medien prägen (Bauer 2015).

Die Protestgruppen dominieren die Berichterstattung in den Online-Medien während der Verhandlungsrunden.

Komplexe Themen werden auf eine Kernaussage reduziert, skandalisiert und medienwirksam vermarktet.

Spekulationen über potenzielle Auswirkungen von TTIP auf den Verbraucher- und Umweltschutz werden durch „Chlorhühnchen“, „Hormonfleisch“, „Genmais“ und „Fracking“ porträtiert und in Kampagnen offensiv verbreitet. Die Kampagnen-Manager folgen dabei einem strikten Muster: Komplexe Themen werden auf eine Kernaussage reduziert, skandalisiert und medienwirksam vermarktet. Weit verbreitete Ängste und Sorgen der Bürger werden hoch emotionalisiert aufgegriffen und häufig durch das Hinzufügen spekulativer Elemente potenziert.

Abbildung 2: Entwicklung der TTIP-Berichterstattung in den europäischen Online-Medien



Quelle: Talkwalker. Eigene Auswertung. Zeitraum: Juni 2013 bis September 2014. Online-Medien: Online-Nachrichten-Portale, Foren, Blogs.

Das Stimmungsbild der deutschen Bevölkerung zu TTIP hat sich negativ entwickelt: Laut einer Eurobarometer-Umfrage vom November 2014 befürworteten zu diesem Zeitpunkt nur 39 Prozent der Deutschen ein Freihandelsabkommen mit den USA. 41 Prozent waren dagegen und 20 Prozent unentschlossen. Im europäischen Vergleich ist der Anteil der Befürworter des Abkommens in Deutschland (und auch in Österreich) am geringsten. Gleichzeitig ist der Anteil der Gegner in Deutschland am höchsten. Gerade im Vergleich zu den osteuropäischen Staaten, aber auch im Vergleich zu Großbritannien, Dänemark, Irland und den Niederlanden, wo große Teile der Bevölkerung für TTIP sind, zeigt sich ein besonders trübes Stimmungsbild in Deutschland. Insgesamt sind 58 Prozent der Europäer für das Abkommen (Eurobarometer 2014).

Die Eurobarometer-Umfrage zeigt, dass gerade diejenigen Deutschen, die mit dem Funktionieren der europäischen Demokratie unzufrieden sind, TTIP deutlich stärker ablehnen als diejenigen, die mit der europäischen Demokratie zufrieden sind. Zugleich zeigt die Umfrage, dass die Babyboomer-Generation (die Jahrgänge 1946 bis 1964) und die darauf folgende „Generation X“ (die Jahrgänge 1965 bis 1980) TTIP mit 44 Prozent und 43 Prozent am stärksten ablehnen (Eurobarometer 2014a). Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass es eher die wohlhabenderen Bürger in Deutschland sind, die TTIP ablehnen, weil sie in dem Abkommen für die eigenen Lebensbereiche mehr Risiken als Chancen erkennen. Dieses Phänomen kann auch auf die aktuelle wirtschaftliche Stärke Deutschlands zurückgeführt werden und es erklärt umgekehrt, warum sich gerade in den osteuropäischen Ländern so viele Bürger für das Abkommen mit den USA aussprechen.

3. TTIP unfairhandelbar: Protest „made in Germany“

Bereits im Juni 2013, noch vor der Aufnahme konkreter Verhandlungen über eine Transatlantische Wirtschaftspartnerschaft, formierte sich in Deutschland ein Bündnis aus zivilgesellschaftlichen Organisationen, darunter Globalisierungsgegner, Umweltschützer, Gewerkschaften und kirchennahe Vereinigungen. Unter der gemeinsamen Bündnisplattform „TTIP unfairhandelbar“ verständigten sich die beteiligten Gruppen darauf, konzertierte Proteste gegen die TTIP-Verhandlungen durchzuführen mit dem Ziel, die Verhandlungen über das Abkommen zu verhindern (Attac 2014). Koordiniert wird die deutsche Kampagne von folgenden Organisationen:

1. Campact e.V.
2. Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.
3. Forum Umwelt und Entwicklung
4. PowerShift e.V.
5. Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) – Friends of the Earth Germany

3.1. Ursprung und Ziele

In einer ersten Pressemitteilung des Bündnisses vom Juni 2013 forderten die bis dato 22 Bündnispartner zunächst ein „Ende der Geheimverhandlungen“ (TTIP unfairhandelbar 2013). In einem gemeinsamen Positionspapier vom September 2014 fordert das bis dahin auf etwa 70 Organisationen gewachsene Bündnis zumindest offiziell nicht mehr explizit den Stopp der Verhandlungen. Es stellt allerdings konkrete Anforderungen sowohl an die Verhandlungen als auch an die Ergebnisse eines möglichen Abkommens, darunter die Forderung nach einer vollständigen Veröffentlichung der Verhandlungsdokumente, den Schutz hoher Verbraucher- und

Unter der gemeinsamen Bündnisplattform „TTIP unfairhandelbar“ verständigten sich die beteiligten Gruppen darauf, konzertierte Proteste gegen die TTIP-Verhandlungen durchzuführen.

Umweltstandards, die Achtung von Arbeits- und Menschenrechten sowie eine Abkehr von Investor-Staat-Schiedsgerichten (TTIP unfairhandelbar 2014).

Die Anti-TTIP-Aktivitäten des Bündnisses sind vielfältig. Protestaktionen finden sowohl im Internet als auch im öffentlichen Raum statt. Über Google-Bezahlanzeigen wurden über viele Monate hinweg vor allem eigene Texte und Aufklärungsfilme über TTIP an erster Stelle der Suchergebnisse prominent platziert. Suchte ein interessierter Bürger nach dem Schlagwort TTIP, landete er mit einem Klick auf die entsprechenden Links der Protestgruppen, die in der Regel mit dem Slogan „TTIP unfairhandelbar“ versehen waren.

Das Bündnis organisierte zudem eine koordinierte und breit angelegte Anti-TTIP-Online-Unterschriftenaktion, die auf den Internetseiten der beteiligten Organisationen offensiv beworben wurde. Jenseits des Internets wurden Informationsveranstaltungen, Bürgerdialoge, TTIP-Foren und öffentliche Aufzüge organisiert. Bei dem Besuch des US-Präsidenten Barack Obama in Berlin im Juni 2013 protestierten die Aktivisten beispielsweise „mit einem Trojanischen Pferd, einer Fracking-Spritze und einem riesigen Chlorhühnchen unweit des Brandenburger Tors“ gegen „die Geheimverhandlungen“ (Campact 2013, S. 29).

Am 22. Mai 2014 erreichte die Protestbewegung ihren vorläufigen Höhepunkt mit der Abgabe von 715.000 Unterschriften gegen die Freihandelsabkommen TTIP (EU-USA) und CETA (EU-Kanada) an Martin Schulz, den damaligen deutschen Spitzenkandidaten der SPD für die Europawahlen.

Im Nachgang vieler Protestaktionen wurden sie in der Pressearbeit der beteiligten Organisationen als Erfolg eines deutschlandweiten Massenprotests dargestellt. Die Nachrichten wurden regelmäßig mit kämpferischen, zielgruppengerecht aufgearbeiteten Statements versehen, um weitere Bürger für den Protest zu gewinnen. Mit Blick auf die kleinbäuerliche Landwirtschaft in Bayern erklärte das Umweltinstitut München beispielsweise unmittelbar nach der Unterschriftenübergabeaktion vom 22. Mai in einer Presseerklärung: „Durch eine transatlantische Freihandelszone könnten mit krebserregenden Wachstumshormonen wie Ractopamin produzierte Fleisch- und Milchprodukte auf den Tellern in Europa landen. Dem Import von genmanipulierten Mais-, Raps- und Sojapflanzen und mit Chlor desinfiziertem Fleisch wird damit Tür und Tor geöffnet. Das wäre eine Gefahr für die Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher und das Todesurteil für die kleinbäuerliche Landwirtschaft in Europa“ (Umweltinstitut München 2014).

3.2. „Stop TTIP“: Eine „selbstorganisierte“ europäische Bürgerinitiative

Im Frühjahr 2014 fasste das deutsche Anti-TTIP-Bündnis den Entschluss, eine europaweite Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA auf den Weg zu bringen. Die europäische Initiative geht u.a. auf das sog. „Seattle to Brussels Network“, das Europäische Attac-Netzwerk, „Friends of the Earth Europe“ zurück. Ziel der Initiatoren war es explizit, eine europäische Koalition gegen TTIP aufzubauen (Attac 2014). Die Protestbewegung, die unter dem Slogan „Stop TTIP“ firmiert, fordert im Kern die Aufhebung des TTIP-Verhandlungsmandats durch den EU-Ministerrat sowie die Aufgabe des Handelsabkommens CETA.

Den Verlautbarungen der beteiligten Organisationen folgend besteht das Mindestziel jedoch darin, dass beide Abkommen keine Investor-Staat-Schiedsverfahren und TTIP keine Regelungen zur regulatorischen Kooperation enthalten, welche nach Ansicht der meisten Bündnispartner die Demokratie und den Rechtsstaat auf beiden

Das Bündnis „TTIP unfairhandelbar“ organisierte zudem eine koordinierte und breit angelegte Anti-TTIP-Online-Unterschriftenaktion.

Die Protestgruppen begleiten ihre Aktivitäten mit kämpferischen, zielgruppengerecht aufgearbeiteten Statements.

Seiten des Atlantiks gefährden würden. Darüber hinaus verlangt das Bündnis vollkommene Transparenz der Verhandlungen. Spekulationen über die Absenkung von etablierten Arbeits-, Sozial-, Umwelt-, Datenschutz- und Verbraucherschutzstandards verleihen ihren Forderungen dabei genauso Gewicht wie die Warnung, TTIP würde zu einer weitreichenden Deregulierung im Bereich öffentlicher Dienstleistungen und massiven Einschränkung der kulturellen Vielfalt in Europa führen.

Hinter der „Stop TTIP“-Initiative standen ursprünglich 150 Organisationen aus 18 EU-Mitgliedsländern. Zum Stand Februar 2015 zählt das Bündnis 360 Organisationen aus ganz Europa. Die Kampagne wurde von den folgenden Organisationen initiiert und wird seither von diesen maßgeblich koordiniert:

1. Campact e.V.
2. Mehr Demokratie e.V.
3. Attac Deutschland
4. Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) – Friends of the Earth Germany
5. Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU)

Darüber hinaus gehören auch die Organisationen „Brot für die Welt“, der Deutsche Kulturrat und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft zu den Gründungsmitgliedern.

Am 15. Juli 2014 stellte das Bündnis einen offiziellen Antrag auf die Anerkennung der Protestbewegung als Europäische Bürgerinitiative (EBI) bei der Europäischen Kommission, um letztere formell dazu bewegen zu können, die Verhandlungen über TTIP und CETA zu stoppen.¹ Der Antrag wurde aus formalen Gründen abgelehnt. Die Kommission begründete ihre Entscheidung damit, dass die geplante Bürgerinitiative „offenkundig außerhalb des Rahmens“ liegt, „in dem die Kommission befugt ist, einen Vorschlag für einen Rechtsakt der Union vorzulegen, um die Verträge umzusetzen“ (KOM 2014d). TTIP und CETA seien keine konkreten Rechtsakte, sondern lediglich interne Vorbereitungsakte. Europäische Bürgerinitiativen könnten indessen nur Rechtsakte anfechten. Ferner stellte die Europäische Kommission fest, dass Europäische Bürgerinitiativen lediglich den Abschluss von internationalen Abkommen fordern dürften, nicht aber deren Verhinderung (Euractiv 2014).

Nachdem die EU Kommission eine offizielle EBI gegen TTIP und CETA abgelehnt hatte, initiierte die Protestbewegung am 7. Oktober 2014 eine „selbstorganisierte“ Europäische Bürgerinitiative. Gleichzeitig reichte das Bündnis am 10. November 2014 zudem eine Klage gegen die Entscheidung der Europäischen Kommission vor dem Europäischen Gerichtshof ein („Stop TTIP“ 2014). Eine Entscheidung in dieser Sache steht bislang aus.

3.3. Strategie: Vom Internet-Aktivismus zum Massenprotest

Das Ziel der selbstorganisierten Bürgerinitiative bestand zunächst darin, europaweit mindestens eine Million Unterschriften für die Anliegen des Bündnisses zu sammeln. Auf der Webpräsenz der Bewegung (www.stop-ttip.org) wurde dafür eigens eine Online-Petitions-Seite eingerichtet. Zudem wurden Vordrucke für Unterschriftenaktionen in sämtlichen europäischen Sprachen zum Download bereitgestellt und an die europäischen Partnerorganisationen verteilt. Über die Webseiten der Kooperationspartner, vor allem auch auf deren Präsenzen in den sozialen Online-Medien Facebook und Twitter, wurde (und wird) die Online-Petition offensiv beworben.

Online-Petitionen ermöglichen interessierten Bürgern einen besonders niedrigschwelligen Einstieg in den Protest.

Die Online-Petition ermöglicht interessierten Bürgern einen besonders niedrigschwelligen Einstieg in den Protest. Der Petitionstext ist auf die wesentlichen Forderungen des Bündnisses reduziert und gemessen an der enormen Komplexität einzelner Verhandlungsbereiche vergleichsweise einfach zu durchdringen (vgl. Box 1). Möchte sich ein Bürger an der Online-Petition beteiligen, muss er lediglich seinen Namen, seine Anschrift und eine E-Mail-Adresse hinterlegen. Zum Stand April 2015 erreichte das Bündnis auf diesem Weg europaweit etwa 1,7 Millionen Unterschriften, wobei die Anzahl der Unterschriften im 1. Quartal 2015 stagnierte.

Box 1: Online-Appell zur Europäischen Bürgerbewegung „Stop TTIP“

Wir fordern die Institutionen der Europäischen Union und ihre Mitgliedsstaaten dazu auf, die Verhandlungen mit den USA über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zu stoppen, sowie das Umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) mit Kanada nicht zu ratifizieren.

Wichtigste Ziele:

Wir wollen TTIP und CETA verhindern, da sie diverse kritische Punkte wie Investor-Staat-Schiedsverfahren und Regelungen zur regulatorischen Kooperation enthalten, die Demokratie und Rechtsstaat aushöhlen. Wir wollen verhindern, dass in intransparenten Verhandlungen Arbeits-, Sozial-, Umwelt-, Datenschutz und Verbraucherschutzstandards gesenkt sowie öffentliche Dienstleistungen (z. B. Wasserversorgung) und Kulturgüter dereguliert werden.

Die selbstorganisierte EBI unterstützt eine alternative Handels- und Investitionspolitik der EU.

(Name und Ort werden angehängt)

Die sozialen Online-Medien sind ein wesentlicher Multiplikator für die Aufrufe und Forderungen der Protestbewegung.

Die sozialen Online-Medien sind ein wesentlicher Multiplikator für die Aufrufe und Forderungen der Protestbewegung. Neben der Aufforderung an interessierte Bürger, Unterschriften am Arbeitsplatz und in Geschäften zu sammeln, werden die Unterstützer auf der Webpräsenz des Bündnisses mittels überproportional großer Facebook- und Twitter-Buttons und einprägsamen „Stop-TTIP“-Bannern dazu angehalten, per Mausklick auf die Initiative in den sozialen Netzwerken aufmerksam zu machen. Gelegentlich erscheinen auf den TTIP-Informationsseiten der beteiligten Organisationen Pop-up-Fenster, in denen die Leser dazu angehalten werden, durch Eingabe ihre Email-Adressen den Newsletter der Kampagne zu abonnieren.² Unterstützt wird der Online-Protest auch im Offline-Raum. Durch dezentrale Informationsveranstaltungen der Bündnispartner und Unterschriftensammelaktionen auf öffentlichen Plätzen, die von den beteiligten Protestgruppen zuvor online aktiv beworben werden, soll der Protest eine breitere Öffentlichkeit auch jenseits des „digitalen Bürgers“³ erreichen.⁴

Neben dem gesellschaftspolitischen Umfeld in Deutschland ist der bisherige Erfolg der Anti-TTIP-Protestbewegung vor allem auch auf die Professionalität zurückzuführen, mit der die Kampagnen geplant, koordiniert und durchgeführt werden. Im Zentrum der Protestaktivitäten in Deutschland steht der Verein „Campact“, welcher auf eine 10-jährige Erfahrung in den Bereichen Kampagnenorganisation und Online-Petitionen zurückblicken kann.

4. Campaign and Action: Ein aktionsorientiertes Geschäftsmodell

Im Zentrum der Anti-TTIP-Protestbewegung in Deutschland steht die Kampagnenorganisation Campact.

Kampagne und Aktion (*campaign and action*): Im Zentrum der Anti-TTIP-Protestbewegung in Deutschland steht die Kampagnenorganisation Campact. Neben Attac gehört der Verein, der etwa 20 Mitarbeiter beschäftigt, bereits seit über zehn Jahren zur globalisierungskritischen und umweltbewegten Szene in Deutschland. Die

Organisation grenzt sich durch ihr breites Themen-Angebot allerdings deutlich von etablierten Aktivistengruppen, die sich vor allem für die themenspezifischen Interessen ihrer Mitglieder einsetzen (z.B. den Umweltschutz, eine ökologische Landwirtschaft oder die Stärkung der direkten Demokratie). Campact kann den sog. Hybridorganisationen zugeschrieben werden, die traditionelle Lobbying-Instrumente mit sogenannten Online-Grassroots-Elementen (z.B. Online-Petitionen) verbinden, um eine möglichst große Zahl von Bürgern für oder gegen ein bestimmtes Thema zu mobilisieren (Voss 2014).

Formal handelt es sich bei Campact um einen gemeinnützigen Verein, der sich laut Satzung zum einen der Volksbildung und der Förderung eines demokratischen Staatswesens und zum anderen der Stärkung bürgerschaftlichen Engagements verschrieben hat (Campact 2014). Gleichwohl handelt es sich dabei um eine Organisation, deren Kernaktivitäten im Wesentlichen auf einem aktionsorientierten Geschäftsmodell basieren, welches von einem derzeit existierenden allgemeinen Trend der Vermarktung von Nachhaltigkeitsthemen profitiert (vgl. Leitschuh 2012).

Im Gegensatz zu klassischen zivilgesellschaftlichen Interessenvertretungen agiert Campact nicht als direkter Stellvertreter der Bürger. Die Organisation spricht mit ihren Kampagnen allerdings gerade Bürger mit begrenztem Zeitaufwand an. Ihnen soll eine niedrigschwellige Möglichkeit geboten werden, politische Entscheidungsträger mit ihren Forderungen zu einem „politisch günstigen“ Zeitpunkt zu konfrontieren. Campact setzt dabei auf groß angelegte on- und offline Kampagnen, die sich verschiedener Instrumente bedienen und diese gezielt, sequentiell oder parallel, im Internet oder im Rahmen von Offline-Aktionen zum Einsatz bringen. Der Verein achtet nach eigenen Angaben zwar auf parteipolitische Unabhängigkeit, möchte mit seinen Kampagnen und Aktionen jedoch „ein breites politisches Spektrum an Bürger/innen ansprechen, die sich im weiten Sinne der politischen Linken zuordnen.“ (Bautz 2008, S. 3)

4.1. Ursprung und Ziele

Der Verein Campact wurde Ende 2004 von einer kleinen Gruppe damaliger Attac-Aktivisten ins Leben gerufen. Inspiriert wurden die Gründer von der US-amerikanischen, eher progressiv-linksliberal orientierten, Organisation MoveOn.org, dem Prototyp einer Vielzahl heute existierender Hybridorganisationen.⁵ MoveOn entstand bereits im Herbst 1998 aus einer einzigen Online-Petition gegen das Amtsenthebungsverfahren des damaligen US-Präsidenten Bill Clinton. Die Petition, die ursprünglich nur 89 US-Dollar kostete, richtete sich im Wesentlichen gegen die Skandalisierung privater Angelegenheiten des Präsidenten durch Politiker der Opposition. Innerhalb der ersten Woche wurde die Petition von über 100.000 US-Bürgern unterzeichnet. Nach einigen Monaten hatte die Petition über eine Million Unterzeichner (Cash, 2013). MoveOn ist nach wie vor eine der führenden Kampagnenorganisationen in den USA und verfügt heute über 8 Millionen Unterstützer, welche als Geldgeber und vor allem als Abonnenten des für die Kampagnen wichtigen MoveOn-Newsletters die tragende Säule der Arbeit von MoveOn bilden.

Auch der Verein Campact versteht sich als eine Kampagnenorganisation, die mit Hilfe moderner Online-Medien politische Entscheidungen gezielt beeinflussen will. Auf der Agenda stehen dabei Themen, die hohe tagespolitische Brisanz haben und in den eigenen Zielekatalog passen. Dabei konzentriert sich Campact konkret auf aktuelle politische Forderungen, etwa im Rahmen eines laufenden Gesetzgebungsverfahrens.

Der Verein Campact versteht sich als eine Kampagnenorganisation, die politische Entscheidungen gezielt beeinflussen will.

Dr. Günter Metzges, einer der Mitbegründer des Vereins, benennt vier politische Grundlinien, an denen sich die operative Arbeit von Campact ausrichtet (Metzges 2005): Die Sicherung und Weiterentwicklung eines effektiven und effizienten Sozialstaates, die Sicherung und Weiterentwicklung von Freiheits- und Teilhaberechten im Rahmen der repräsentativen Demokratie, die Gewährung des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen sowie eine demokratische Gestaltungsmacht im Prozess der Globalisierung mit Blick auf ein gerechtes internationales Finanz- und Handelssystem.

Die Breite der Ziele der Organisation spiegelt sich in der Kampagnenvielfalt entsprechend wider. Unter dem Leitmotiv „Demokratie in Aktion“ organisierte Campact seit 2004 beispielsweise Kampagnen für einen Volksentscheid zur EU-Verfassung und gegen ein Gesetz zur Sicherung von Softwarepatenten. Darüber hinaus wurden Kampagnen für mehr Transparenz bei den Nebeneinkünften von Politikern initiiert und es wurden Proteste gegen die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken organisiert. Der Verein verweist in diesem Zusammenhang immer wieder insbesondere auf die Erfolge bei der Durchsetzung des Anbauverbots für Genmais und bei der Offenlegung von Politiker-Nebeneinkünften, die es nach eigenen Angaben ohne die Aktionen der Campact-Aktivistinnen nicht gegeben hätte.

Auch die aktuell in Deutschland und Europa geführte Debatte über CETA und TTIP wird von Campact selbst der eigens initiierten Protestbewegung zugeschrieben: „Last but not least sind wir mitverantwortlich dafür, dass die Freihandelsverhandlungen mit den USA und Kanada unter Druck gekommen sind und dass es eine realistische Chance gibt den Ausverkauf unserer Demokratie an private Schiedsgerichte zu stoppen.“ (Dr. Günter Metzges, Geschäftsführender Vorstand von Campact, vgl. CAB 2015)

4.2. Finanzierung

Transparenz und finanzielle Unabhängigkeit stellen nach eigenen Angaben ein wesentliches Element der Arbeit von Campact dar. Über einen Teil der finanziellen Zuwendungen lässt die Organisation die Öffentlichkeit indessen im Unklaren. Der Förderkreis der Organisation umfasste im Jahr 2013 16.700 Bürger und Organisationen. Zuwendungen von Parteien, staatlichen Stellen und Spenden „der Industrie“ werden nicht angenommen. Nachdem die Organisation Ende 2004 gegründet wurde, belief sich die Basisfinanzierung in den ersten beiden Jahren auf 150.000 Euro. „Engagierte Menschen aus dem Umfeld der Bewegungstiftung“ stellten das Gründungskapital zur Verfügung (Kolb 2013).⁶

Im Berichtsjahr 2013 beliefen sich die Einnahmen auf 2,77 Mio. Euro, was im Vergleich zum Vorjahr (2,02 Mio. Euro) einen beachtlichen Zuwachs um insgesamt 37 Prozent bedeutet. Auch die Zuwendungen von Förderern, die regelmäßig spenden, stiegen um 37 Prozent an. Der Anstieg zweckgebundener Beiträge belief sich auf 28 Prozent. Die Höhe der nicht zweckgebundenen Zuwendungen verdoppelte sich in etwa.

Über die Zuwendungen von natürlichen Personen (einzelne Bürger) ist der Verein vergleichsweise transparent. Im Transparenzbericht 2013 heißt es dazu: „Der durchschnittliche Förderbeitrag beträgt rund 7 bis 8 Euro im Monat. Es sind also „Menschen wie Du und ich“, welche die Arbeit von Campact mit ihren Spenden und Beiträgen finanzieren.“ (Campact 2013, S. 39) 99,8 Prozent aller Einzelspenden lagen unter dem Betrag von 500 Euro. 84,5 Prozent aller Spenden beliefen sich auf unter 50 Euro, während 0,2 Prozent dieser Förderer 500 Euro oder mehr zur Verfügung stellten.

Die Organisation gibt darüber hinaus an, dass es keine natürlichen Personen gebe, deren Zuwendung 2013 mehr als 5 Prozent des Gesamtjahresbudgets ausgemacht hat. Zudem gebe es nur sechs natürliche Personen, deren Zuwendungssumme im Jahr 2013 5.000 Euro oder mehr betrug. Über die Zuwendungen von juristischen Personen (worunter andere Vereine, Stiftungen sowie die gängigen Rechtsformen privatwirtschaftlicher Unternehmen zählen), die unter dem Betrag von 10 Prozent des Gesamtbudgets liegen (sämtliche Einzelzahlungen bis zur Grenze von 275.000 Euro), macht Campact keine Angaben. Unklar bleibt folglich, wie viele Großspender die Arbeit des Vereins tatsächlich unterstützen, welche Interessen sie vertreten und wie sie diese gegenüber dem Verein zum Ausdruck bringen.

4.3. Kampagnenselektion, Arbeitsweise und Instrumente

Die Generierung von Ideen für potenzielle Kampagnen und konkrete Aktionen findet zum einen in den Campact-Gremien, bestehend aus fachlich ausgerichteten Campaign-Managern und der Geschäftsführung selbst statt. Zum anderen werden die Vorschläge für mögliche Protestaktionen von nahestehenden Fachorganisationen eingebracht.⁷ Langjährige Kooperationspartner sind beispielsweise die Nichtregierungsorganisationen „Mehr Demokratie“, deren zentrales Anliegen die Förderung von „mehr“ direkter Demokratie in Deutschland ist, das Anti-Globalisierungsnetzwerk Attac, der Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND), der Naturschutzbund Deutschland (NABU) und Greenpeace.

Für die Kampagnen- bzw. Themenauswahl sind die folgenden Kriterien besonders relevant:

1. *Skandalisierbarkeit*: Für eine potenzielle Kampagne werden explizit nur diejenigen Themen ausgewählt, die skandalisierbar und den Bürgern einfach zu vermitteln sind und daher ein Mindestmaß an medialer Anschlussfähigkeit versprechen. Komplexe Themen, beispielsweise die Föderalismusreform, Details der Gesundheitsreform, aber auch Fragen zur Krise des Euro und der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank, sind für breitenwirksame Kampagnen weniger geeignet und werden nicht adressiert.
2. *Bevorstehen einer konkreten politischen Entscheidung*: Darüber hinaus muss es einen „politischen Kristallisationspunkt“ geben, etwa eine anstehende Entscheidung der deutschen Bundesregierung zu einem bestimmten Thema, das im Rahmen der Kampagne adressiert wird. Auch die erste Formulierung eines Gesetzentwurfes stellt ein derartiges politisches „window of opportunity“ dar.
3. *Existenz von handlungsfähigen Kooperationspartnern*: Als wünschenswert wird von den Kampagnenorganisatoren auch die Existenz mindestens einer weiteren „handlungsfähigen“ Nichtregierungsorganisation erachtet, die sich an den Aktionen beteiligt und die Kampagnen-Inhalte innerhalb ihrer Zielgruppe entsprechend multipliziert.
4. *Anschlussfähigkeit und Gewinnbarkeit*: Es werden vor allem diejenigen Themen aufgegriffen, die bei einzelnen Abgeordneten möglichst unterschiedlicher Fraktionen Gehör finden. Zudem sollten mindestens 80 Prozent der Bezieher des Campact-Newsletters potenziell hinter einer vorgeschlagenen Kampagne stehen. Die Unterstützung der Gesamtbevölkerung sollte potenziell zwischen 30 und 40 Prozent liegen. Schließlich sollte es eine realistische Chance darauf geben, dass die in den Kampagnen formulierten Forderungen zumindest teilweise durchzusetzen sind (Metzges 2005; Bautz 2008).

Das wirkungsvollste Instrument zur Initiierung von neuen Kampagnen ist der Campact-Newsletter. Wird ein Thema von den Gremien als aussichtsreich befunden, werden in einem zweiten Schritt durch Zufallsauswahl 5.000 Menschen per Internet befragt, ob sie sich an einer dieses Thema betreffenden Kampagne beteiligen würden. Fällt die Befragung positiv aus, werden die (zum Stand Februar 2015) etwa 1,6 Millionen Abonnenten des Campact-Newsletters aufgerufen, eine Petition online zu unterzeichnen und die Kampagne darüber hinaus auch finanziell zu unterstützen.

Die Online-Appelle erreichen in der Regel digitale Unterschriften im niedrigen sechsteiligen Bereich.

In der Mehrzahl der Fälle erreichen die Online-Appelle digitale Unterschriften im niedrigen sechsteiligen Bereich. Für Kampagnen gegen Fracking, aber auch für die aktuelle Anti-TTIP-Kampagne konnten jeweils mehr als 500.000 Unterschriften generiert werden. Mit dem Klick auf die Online-Appelle wird interessierten Bürgern, die sich von der Aktion angesprochen fühlen, zunächst ein besonders niedrigschwelliger Einstieg ermöglicht, auf den auch andere Formen des Protestes „offline“ folgen können. Neben den Online-Appellen ruft Campact auch gezielt dazu auf, den Protest durch verschiedene Aktionen, etwa in Form von Demonstrationen und Informationsständen, auf die Straße zu tragen (Bautz 2015; Leitschuh 2012).

Die Schnittmenge zwischen den bislang von Campact besetzten Themen und den im Rahmen der TTIP-Verhandlungen adressierten Bereichen ist beträchtlich. Als Projektionsfläche für verschiedene Ängste, Sorgen und Aggressionen bildet TTIP einen idealen Nährboden für einen Protest, der von Menschen aus verschiedenen bürgerlichen Milieus mitgetragen wird. Das Abkommen erscheint allerdings nicht nur aus diesem Grund eine willkommene Ergänzung des Campact-Themenportfolios zu sein. Es stellt aufgrund des daraus resultierenden, in seinem Umfang bisher einzigartig hohen Mobilisierungspotenzials auch eine Möglichkeit dar, etablierte zivilgesellschaftliche Akteure und letztlich auch viele Bürger – trotz individueller Divergenzen in Meinungen und Interessenlagen – hinter dem Bündnis zu vereinigen. Darin ergibt sich für Campact gleichzeitig auch ein willkommenes Zeitfenster, das Profil und den Bekanntheitsgrad der Organisation in der Fläche zu stärken, um im Wettbewerb mit anderen organisierten Protestgruppen von einem nachhaltigen Reputationsgewinn profitieren zu können.

4.4. Ausgewählte Aktivitäten der Kampagnen-Macher im Überblick

Der Anti-TTIP-Protest ist die bislang mit Abstand größte Kampagne von Campact.

Der Anti-TTIP-Protest ist die bislang mit Abstand größte Kampagne von Campact. Die Online-Kampagne wurde gemeinsam mit den Organisationen „Mehr Demokratie“ und der „Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft“ ins Leben gerufen. Im Dezember 2013 startete Campact einen ersten Online-Appell zu TTIP (vgl. Box 2). Ausschlaggebend waren verschiedene Informationen, die seit Sommer 2013 über die Verhandlungen bekannt geworden sind – insbesondere die Absicht der Verhandlungsführer, die Verhandlungen geheim abzuhalten und umfangreiche Regeln für Investorenklagen vor internationalen Schiedsgerichten zu verabschieden.

In den ersten vier Stunden nach Freischaltung des Online-Appells wurden bereits 60.000 Unterschriften registriert. Nach fünf Tagen konnten 250.000 Unterschriften verzeichnet werden. Am 28. April 2014 wurden 460.000 Unterschriften an den damaligen Spitzenkandidaten der SPD für die Europawahl und heutigen Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, übergeben. Das Datum markierte den Wahlkampf-Start der SPD für die Europawahlen. Mit einer Vielzahl von Großplakaten und Bannern konnte Campact dabei von dem hohen Medieninteresse an diesem Ereignis profitieren.

Box 2: Online-Appell „TTIP: Verkauft nicht unsere Zukunft!“

Das geplante Freihandels-Abkommen TTIP zwischen der EU und den USA dient den Interessen der Konzerne und nicht uns Bürger/innen:

- TTIP höhlt Demokratie und Rechtsstaat aus: Ausländische Konzerne können Staaten künftig vor nicht öffentlich tagenden Schiedsgerichten auf hohe Schadenersatzzahlungen verklagen, wenn sie Gesetze verabschieden, die ihre Gewinne schmälern.
- TTIP öffnet Privatisierungen Tür und Tor: Das Abkommen soll es Konzernen erleichtern, auf Kosten der Allgemeinheit Profite bei Wasserversorgung, Gesundheit und Bildung zu machen.
- TTIP gefährdet unsere Gesundheit: Was in den USA erlaubt ist, würde auch in der EU legal – so wäre der Weg frei für Fracking, Gen-Essen und Hormonfleisch. Die bäuerliche Landwirtschaft wird geschwächt und die Agrarindustrie erhält noch mehr Macht.
- TTIP untergräbt die Freiheit: Es droht noch umfassendere Überwachung und Gängelung von Internetnutzern. Exzessive Urheberrechte erschweren den Zugang zu Kultur, Bildung und Wissenschaft.
- TTIP ist praktisch unumkehrbar: Einmal beschlossen, sind die Verträge für gewählte Politiker nicht mehr zu ändern. Denn bei jeder Änderung müssen alle Vertragspartner zustimmen. Deutschland allein könnte aus dem Vertrag auch nicht aussteigen, da die EU den Vertrag abschließt.

Daher fordere ich: Beenden Sie die Verhandlungen über das TTIP-Abkommen!

(Name und Ort werden angehängt)

Zum Stand Februar 2015 zählte der Campact-Online-Appell etwa 650.000 Unterzeichner. Die Aktion wurde vor allem in den sozialen Online-Medien kämpferisch beworben. Dabei wurden bestimmte Schlagworte wie Gen-Food, Chlorhühnchen, Fracking und Konzerntribunale immer wieder in den Vordergrund gestellt. Zudem wurden die Leser in den Beiträgen immer wieder aktiv aufgefordert, sich entweder selbst direkt an dem Online-Appell zu beteiligen oder die Information an möglichst viele Freunde weiterzuleiten.

Ein Auszug der Nachrichten in den sozialen Online-Medien Facebook und Twitter findet sich in den Tabellen 3 und 4. Die von Campact verbreiteten Aussagen über TTIP lassen offensichtlich nicht die Absicht erkennen, eine informierte Debatte über die Chancen und Risiken einer Transatlantischen Wirtschaftspartnerschaft anzuregen. Ton und Textur der Mitteilungen und Aufforderungen spiegeln vielmehr die feste Entschlossenheit der Aktivisten wider, die Verhandlungen über das Abkommen um jeden Preis zu stören und das Abkommen letztlich stoppen zu wollen.

Tabelle 1: Chronik ausgewählter Facebook-Nachrichten von Campact

Datum	Facebook-Nachricht
12. Dezember 2013	Keine Geschenke für Monsanto & Co! Das #TTIP-Handelsabkommen würde Konzernen Profite erleichtern - und bedroht Europas Demokratie. <u>Fordere den Verhandlungsstopp & teile diesen Post:</u> https://www.campact.de/ttip/appell/teilnehmen
16. Dezember 2013	Ihr habt es geschafft! Unfassbare 230.000 Unterschriften gegen das Freihandelsabkommen sind innerhalb weniger Tage zusammen gekommen. Gerade rechtzeitig, denn heute findet die nächste Verhandlungsrunde des #TTIP Abkommens mit den USA statt. <u>Wer sich mit uns freut, der teile bitte diese Info.</u>
6. Februar 2014	Unterschriften-Aktion: 340.000 Menschen fordern mit uns den Verhandlungs-Stopp des Freihandelsabkommen #TTIP! Wer will, wer hat noch nicht?! Zum Klicken, Unterzeichnen, Teilen hier entlang
13. Februar 2014	Klicke hier, um gegen das geplante Freihandelsabkommen TTIP zu unterzeichnen: http://bit.ly/1cyZOLU Das Abkommen will die größten Wünsche der Konzerne erfüllen. So soll u.a. die Einfuhr gentechnisch veränderter Lebensmittel erleichtert & die Kennzeichnungspflicht aufgeweicht werden.
12. März 2014	Unser EU-Datenschutz ist in Gefahr – durch das Freihandelsabkommen TTIP. <u>Verbreite diese Info!</u>
17. März 2014	Wir haben einen Protest-Videowettbewerb gestartet – gegen das Freihandelsabkommen TTIP der EU mit den USA, das gerade hinter verschlossenen Türen verhandelt wird. Das Handelsabkommen ebnet den Weg für Gentechnik Fracking & ACTA. Jetzt beginnt die hochspannende Vernetzungs-Phase des Video-Projekts. Schreibe bitte unter dem Blogbeitrag, was ihr sucht oder bietet: Eine Idee für einen Film, Schnitt, Ton, Kamera-Aufzeichnungen, Schauspielkunst, Regie... <u>So könnt Ihr Euch mit anderen zusammen finden. Uuuund Action!</u>
26. März 2014	Über 100.000 mal wurde die Infografik über das TTIP Freihandelsabkommen gesehen. Jetzt haben wir eine neue, aktualisierte Version veröffentlicht. <u>Teile diesen Post & drücke „Gefällt mir“!</u> Wenn viele Menschen über die Konsequenzen Bescheid wissen, können wir erreichen, dass <u>die Verhandlungen scheitern.</u>
15. April 2014	<u>Es liegt in Deiner Macht:</u> Du kannst jetzt mit Tausenden anderen den transatlantischen Geheim-Deal der Konzerne verhindern. Die Europawahl am 25. Mai 2014 ist DIE Chance, das Freihandelsabkommen TTIP zu Fall zu bringen. Wie das genau geht, liest Du im Blog. Und teile & like bitte diesen Post – <u>damit sich der Aufruf verbreitet!</u>
23. April 2014	YEAH! Proteste gegen das Freihandelsabkommen TTIP verlagern sich massiv auf die Straße: 3,5 Mio Türhänger werden Menschen in ganz Deutschland einen Tag vor der Europa-Wahl an über 100.000 Orten verteilen – <u>mach mit!</u>
3. Mai 2014	Fast eine halbe Million Menschen haben bereits dagegen unterzeichnet, dass die EU das Freihandelsabkommen TTIP mit den USA abschließt. Wenn Du diese Bewegung unterstützen willst, dann teile jetzt diesen Post & <u>unterzeichne hier:</u> http://bit.ly/ttip-verhindern
23. Mai 2014	TTIP-Handelsabkommen der USA mit der EU ebnet den Weg für Gentechnik, Fracking, Wasserprivatisierung. <u>Fordere den Verhandlungsstopp:</u> https://www.campact.de/ttip/appell/teilnehmen/
5. Oktober 2014	Was für ein kraftvoller Auftakt: Schon an über 2.000 Orten sammeln Campact-Aktive am Samstag, den 11. Oktober auf der Straße Unterschriften für die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP & CETA. Steige jetzt auch ein! Zum kostenfreien Aktionspaket: www.bit.ly/teilnehmen <u>am europaweiten aktionstag</u>

Datum	Facebook-Nachricht
4. Dezember 2014	Wir sind überwältigt! Die 1 Million gegen TTIP und CETA ist geknackt! In Rekordzeit, nach gerade einmal 2 Monaten, hat die im breiten Bündnis selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative gezeigt, wie entschlossen und stark der Widerstand in Europa ist. Bringen wir die EU-Kommission noch weiter zum Staunen und gehen die nächste Million an. <u>Hier unterzeichnen und Protest verbreiten: http://bit.ly/Wir-lassen-nicht-locker</u>
22. Dezember 2014	Europaweiter Aktionstag gegen TTIP und CETA am 11. Oktober 2014 – informiere Deine Freunde, Bekannte und Deine Familie! Trommel alle zusammen, die Zeit drängt: Wir müssen uns vor Gen-Food, Fracking und Konzerntribunalen schützen. <i>(erschien zwei Tage nach dem SPD-Partei-Konvent mit Beschluss über TTIP)</i>
24. Dezember 2014	Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Souveränität – an diesen drei Grundpfeilern sägt das geplante EU-Kanada-Abkommen CETA. Dennoch wollen Sigmar Gabriel und Co. das Abkommen – und nehmen mögliche Milliardenklagen in Kauf.
24. Dezember 2014	Campact ist Teil eines neuen internationalen Netzwerks von Online-Kampagnenorganisationen, die voneinander lernen. Diesen Austausch hat ein Campaigner der ersten Stunde angezettelt.
28. Januar 2015	Hamburgs künftiger Senat wird im Bundesrat über die Abkommen TTIP und CETA abstimmen. Bei der Bürgerschaftswahl am 15.2. 2015 geht es daher um die Wurst. Willst Du Leute motivieren, Kandidat/innen zu wählen, die die Abkommen ablehnen? <u>Dann mach jetzt mit: 1. Info teilen 2. Türhänger kostenfrei bestellen 3. Verteilen</u>
29. Januar 2015	Kommt das TTIP-Abkommen durch, erhalten Konzerne das Recht, an Gesetzen mitzuschreiben. Das darf nicht sein – <u>lass uns TTIP zu Fall bringen!</u> Teile dieses Erklär-Video und unterzeichne die Europäische Bürgerinitiative: www.bit.ly/TTIP-stoppen

Tabelle 2: Chronik ausgewählter Twitter-Nachrichten von Campact, #CampactPresse

Datum	Tweet
17. Juni 2013	#TTIP: 21 NGOs fordern Ende der Geheimverhandlungen zwischen EU und USA über Freihandelszone
18. Juni 2013	NGO-Bündnis: Freihandelsabkommen ist trojanisches Pferd für Konzerninteressen
13. Dezember 2014	#TTIP: Internetnutzer wehren sich gegen Aushöhlung der Demokratie -150.000 Unterzeichner nach nur 1 Tag
25. April 2014	Überwältigend: Über 20.000 @Campact-Aktive verteilen 6.5 Mio #TTIP-Denkzettel zur #euwahl
28. April 2014	460.000 an @MartinSchulz: Wir brauchen ein klares Nein zu #TTIP
21. Mai 2014	24.000 machen #euwahl2014 zu Abstimmung über #TTIP. Auch bei Ihnen vor Ort?
11. Oktober 2014	Fulminanter Start: Viertelmillion Unterschriften gesammelt für europäische Bürgerinitiative gegen #CETA & #TTIP
22. Oktober 2014	#Juncker erteilt #ISDS in #TTIP keine klare Absage. #CETA wird zur Nagelprobe für @JunckerEU
17. Januar 2014	#WirhabenesSatt Demonstration in Berlin sprengt Rekorde: 50.000 Menschen auf der Straße, 90 Traktoren gegen #TTIP #CETA #Agrarindustrie
19. Januar 2014	#Mieter #Trinkwasser #Arbeitnehmer #Universitäten #Theater #VHS: Alle sind von #CETA #TTIP betroffen in #Hamburg

Auch die europäische Initiative „Stop TTIP“ wurde von Campact mit initiiert und federführend begleitet. Offizielle Bündnispartner sind auch die deutschen Parteien Bündnis90/Grüne, Die Linke sowie die Piratenpartei. Die Handschrift von Campact lässt sich auch an dem Kommunikationsstil ablesen, mit dem die „Stop TTIP“-Kampagne beworben wird (vgl. Tabelle 5). Während die Tonart ähnlich ist, richteten sich die Positionen der Aktivisten seit der zweiten Jahreshälfte 2014 indessen auch zunehmend an die Politik, insbesondere an das politische Lager der Grünen und der Sozialdemokraten.

Ein näherer Blick auf die Forderungen und Positionen der beteiligten Gruppen offenbart, dass sich diese mit ihren Positionen zu TTIP gezielt an die Bundes-SPD, die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, den Präsidenten des Europaparlaments, Martin Schulz, den Bundeswirtschaftsminister, Sigmar Gabriel, und die SPD-geführten Bundesministerien (Wirtschaft, Umwelt, Arbeit und Soziales und Justiz) richten. Ziel ist, klare Bekenntnisse der Partei für oder gegen einzelne Bestandteile des Abkommens herbeizuführen. So veröffentlichte Campact am 2. Dezember 2014 eine Pressemitteilung mit dem Titel „Gabriel verbreitet Mythen: Deutschland ist mit Opposition zu Schiedsgerichten nicht allein“. Am 14. Dezember 2014 wurde von Campact zudem ein weiterer Artikel mit dem Titel „7 Gründe, warum CETA in der SPD nicht durchkommen wird“ veröffentlicht.

Tabelle 3: Chronik ausgewählter Twitter-Posts von „Stop TTIP“, #eci_ttip

Datum	Tweet
10. Juli 2014	Internationale #NGO-Allianz startet im September #EBI gegen #TTIP & #CETA! http://stop-ttip.org
18. Juli 2014	1 Million #EBI-Unterschriften (@eci_ttip) gegen #TTIP & #CETA brauchen wir. Mind. 75.000 davon wollen wir sammeln
11. August 2014	Heribert #Prantl wünscht Scheitern des #TTIP: „Das ist ein Anschlag auf die parlamentarische Demokratie.“
27. August 2014	The S&D group in the European Parliament is opposed to #ISDS in #CETA. We will remind them with our ECI...
1. September 2014	Today our 200th member joined our #ECI alliance! Welcome ‚Focus‘ from Slovenia and here is to many more #TTIP rebels!
9. September 2014	Ehemalige Bundesjustizministerin hält #CETA für nicht zustimmungsfähig und verfassungsrechtlich bedenklich
10. September 2014	Deutschland knickt immer weiter beim Widerstand gegen Konzernklagerechte in #CETA ein
18. September 2014	Fällt die @spdde um bei #CETA und #TTIP?
20. September 2014	@MartinSchulz, President of the European Parliament, talks to activists of our alliance in #Berlin. #TTIP #CETA
7. Oktober 2014	Jetzt gehts los!! Selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative gegen #TTIP + #CETA gestartet. Hier unterschreiben: http://www.stop-ttip.org
7. Oktober 2014	Good morning! More than 200.000 signatures for our ECI after day 1!! Let's keep up the pressure! http://stop-ttip.org #TTIP #CETA
9. November 2014	Guter Beschluss! Europäische Grüne Partei tritt Europäischer Bürgerinitiative @eci_ttip bei! #greencouncil
10. November 2014	Klage eingereicht gegen die #EBI-Ablehnung. #TTIP #CETA
27. November 2014	Unsere Pressemitteilung zum Einknicken von #Gabriel. #SPD darf sich das nicht bieten lassen
4. Dezember 2014	Amazing! One million signatures against #TTIP and #CETA! We will continue signature gathering to get the next million
9. Dezember 2014	@MalmstromEU @MikeFroman discuss #TTIP as #StopTTIP protestors deliver million-name petition to Commission @eci_ttip

Datum	Tweet
11. Dezember 2014	1.1 mio EU citizens ask @JunckerEU to blow out the candles on #TTIP and #CETA on his 60th birthday!
31. Dezember 2014	#TTIP muss sterben
27. Januar 2015	Und der nächste Hammer: Die Finanzmarktregulierung droht ausgehebelt zu werden

Mit dem Beschluss des SPD-Parteikonvents vom 20. September 2014⁸, bei dem es kurz zuvor eine besonders starke Kampagne gegen TTIP in den sozialen Online-Medien gab, bekannte sich die Partei in einem gemeinsamen Positionspapier mit dem DGB prinzipiell zu dem Freihandelsabkommen, benannte jedoch auch Einschränkungen.⁹

Wie eingangs dargelegt wurde, haben die Kampagnen gegen TTIP zu enormen Feedback-Effekten auf die öffentliche Meinung über TTIP in Deutschland geführt. Die Medienberichterstattung über das Handelsabkommen ist deutlich angestiegen, überwiegend negativ und häufig unausgewogen. Einerseits werden die Chancen eines Abkommens in den Beiträgen entweder gar nicht mehr adressiert, oder sie werden in einem schlechten Licht dargestellt. Andererseits wird den Risiken, vor allem jenen aus der Feder der Protestgruppen, eine im Vergleich zu den Chancen überproportional hohe mediale Aufmerksamkeit geschenkt. Darüber hinaus wurden die Positionen der Protestgruppen in den Medien häufig rezitiert, ohne dass aufgeworfene Fakten und Argumente vorab auf ihre Stichhaltigkeit hin überprüft und differenziert dargestellt wurden.

Besonders deutlich wird dies in der Debatte um den internationalen Investorenschutz, der weltweit bereits seit mehr als 50 Jahren ein fester Bestandteil des internationalen Rechts ist. So wirft ein auf dem Internet-Nachrichtenportal *ZEIT-Online* veröffentlichter Artikel vom 14. Januar 2015 in den Raum: „Die öffentliche Befragung der EU-Kommission zu TTIP hat gezeigt, wie groß das Unbehagen der Bürger gegenüber dem geplanten Freihandelsabkommen ist – vor allem gegenüber den umstrittenen Schiedsgerichten für Investoren: 97 Prozent der Befragten sprachen sich gegen sie aus.“ (*ZEIT Online* 2014)

Unbeachtet blieb in dieser Darstellung, wie auch den Darstellungen vieler anderer Medien, die Tatsache, dass etwa 120.000 der insgesamt 149.399 Antworten, also über 80 Prozent der eingereichten Beschwerden, über die Online-Petitionen von lediglich acht Nichtregierungsorganisationen eingereicht worden sind:

1. 38 Degrees (Großbritannien)
2. Campact (Deutschland)
3. Umweltinstitut München (Deutschland)
4. Roosevelt 2012 (Frankreich)
5. No transat (Belgien)
6. CNDC-11.11.11 (Belgien)
7. No 2 ISDS (u.a. Österreich)
8. Friends of the Earth (Internationaler Zusammenschluss von Umweltorganisationen mit Sekretariat in den Niederlanden)

50.000 Antworten wurden allein von einer einzigen Organisation, dem Kampagnen-Organisator 38 Degrees aus Großbritannien, übermittelt. 70.000 Antworten waren identisch oder nahezu identisch. 12 von 13 Fragen blieben in der Regel unbeantwortet oder wurden mit der Antwort „no comment. – I don't think ISDS should be part of TTIP“ versehen. Weitere 25.000 Antworten konnten auf gleichartige Kam-

Die Medienberichterstattung über TTIP ist überwiegend negativ und häufig unausgewogen.

pagnen zurückgeführt werden, wobei die konkreten Quellen nicht identifiziert werden konnten. Individuelle Antworten mit kritischen Haltungen und konkreten Vorschlägen zu Verbesserung des bestehenden Regelwerks wurden von lediglich 3.144 Bürgern und 445 Institutionen eingereicht. Dies entspricht einem Anteil von 2,4 Prozent aller Antworten. Mit anderen Worten: Fast 98 Prozent der Antworten dienten nicht der Sache, sondern lediglich dem Protest (KOM, 2015; European Voice, 2015).

5. Liberalisierung ja, aber nicht um jeden Preis

Die Positionen derjenigen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die Teil der Protestbewegung gegen TTIP sind, zeichnen sich im Kern dadurch aus, dass sie auf das Ende der Verhandlungen des Abkommens TTIP und die Verhinderung der Ratifizierung des EU-Kanada-Abkommens CETA hinwirken. Die von diesen Organisationen bereits in einem frühen Stadium der Verhandlungen vorgebrachten Argumente wurden im Zuge der Verhandlungen zunehmend auch von anderen Organisationen, darunter einige kritisch gegenüber TTIP eingestellte politische Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und kirchennahen Organisationen, adaptiert. Auch die Befürworter von TTIP, allen voran die Wirtschaftsverbände und diejenigen politischen Parteien, die sich für eine Stärkung der transatlantischen Partnerschaft aussprechen, griffen diese Themen zunehmend auf. Dabei arbeiten letztere vor allem darauf hin, weit verbreitete Ängste zu nehmen und zu einer informierten Diskussion über die Chancen und Risiken des Abkommens zurückzukehren.

5.1. Gewerkschaften

Die großen deutschen Gewerkschaften lehnen TTIP nicht per se ab. Eine Kernforderung der Gewerkschaften stellt jedoch der Schutz der deutschen und im weiteren Sinne der europäischen Arbeitnehmerrechte dar. So fordert der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) beispielsweise, dass sich EU und USA auf die Ratifizierung und vollständige Umsetzung aller aktuellen Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation verständigen (DGB 2014). Zu den Kernforderungen der Gewerkschaften gehört auch, dass sie Investitionsschutzvorschriften im Rahmen von TTIP, eine weitere Liberalisierung des öffentlichen Beschaffungswesens und die Privatisierung öffentlicher Bereiche, insbesondere öffentlicher Dienstleistungen, ablehnen. Sie fordern zudem eine umfassende demokratische Beteiligung und Kontrolle durch die europäischen Parlamente und die Zivilgesellschaft (DGB 2014a; VERDI 2014; IG Metall 2014; IG Metall 2014a).

Eine Sonderrolle nimmt die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ein, die als offizielle Unterstützerorganisation des Bündnisses „Stop TTIP“ gegenüber den geplanten Handelsabkommen mit den USA und Kanada eine stark ablehnende Haltung einnimmt. Die GEW argumentiert, dass sowohl TTIP als auch CETA eine „akute Bedrohung der öffentlichen Daseinsvorsorge einschließlich des öffentlichen Bildungswesens in Deutschland und Europa, aber auch für Kanada und die USA“ darstellten. Der Privatisierungsdruck auf das Bildungswesen könne in Deutschland „erheblich steigen und die notwendige öffentliche Bildungsverantwortung und -finanzierung untergraben. Konkurrenz, Wettbewerb und Exklusion würden das Leitbild guter Bildung für alle Menschen ablösen.“ (GEW 2014)

5.2. Kirchen und kirchennahe Organisationen

Auch die Kirchen und kirchennahen Organisationen sind nicht pauschal gegen das Abkommen TTIP. So betont Kardinal Reinhard Marx beispielsweise die wohlfördernden Effekte von freiem Handel, verweist zugleich aber auch auf die Notwendigkeit guter ethischer Regeln: „Freier Handel birgt immer die Chance auf mehr Wohlstand, und ist deshalb zunächst begrüßenswert. Aber der Markt braucht immer auch klare Regeln. [...] Die beiden transatlantischen Partner, die zusammen den vom Christentum geprägten Westen darstellen, können mit einem solchen Abkommen klare, ethisch begründete Normen in der Weltwirtschaft voranbringen. Deshalb bedeutet das Freihandelsabkommen für Europa und die USA und Europa nicht nur eine Chance, sondern eine besondere Verantwortung.“ (DBK 2014)

Während die katholische Kirche in TTIP das Potenzial erkennt, hohe Standards auch in anderen Teilen der Welt verbreiten zu können, fordert die Evangelische Kirche in Deutschland in ähnlicher Weise, dass von dem Abkommen keine negativen Auswirkungen auf die Entwicklungs- und Schwellenländer ausgehen dürfen oder diese zumindest kompensiert werden. Die Evangelische Kirche fordert zudem transparente Verhandlungen, an denen die Zivilgesellschaft angemessen beteiligt werden muss, sowie den Schutz von nationalen und europäischen Gesundheits-, Verbraucherschutz-, Sozial-, Datenschutz- und Umweltstandards (EKD 2014).

Die Forderungen einiger kirchennaher Organisationen unterscheiden sich in einigen Punkten von denen der beiden großen Kirchen in Deutschland. Brot für die Welt sieht insbesondere die Investor-Staat-Schiedsverfahren kritisch und äußert Bedenken, dass durch TTIP die „Mehrzahl der Entwicklungs- und Schwellenländer damit rechnen“ müsse, „dass ein solches Abkommen die eigenen politischen Handlungsspielräume beschränkt und die sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten beeinträchtigt.“ (Brot für die Welt 2014)

Vergleichsweise aggressiv tritt die Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB) in ihren Forderungen auf. Die KAB ist eine der offiziellen Unterstützerorganisationen der Initiative „Stop TTIP“. Im offiziellen Beschluss des Bundesausschusses der KAB vom Oktober 2014 fordert sie die Diözesanverbände auf, sich an der selbstorganisierten Europäischen Bürgerinitiative aktiv zu beteiligen, Unterschriften gegen TTIP zu organisieren und eigene Bündnisse gegen TTIP zu gründen: „Bildet Bündnisse vor Ort mit dem Ziel, dass die Räte der Städte/Kreise diese Abkommen ablehnen, da sie die Gestaltungsmöglichkeiten von Städten und Gemeinden nachhaltig einschränken.“ Kern der KAB-Forderungen ist die Sicherung und der Ausbau der Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Die KAB sieht in TTIP allerdings auch eine Aushöhlung von Demokratie und Rechtsstaat und einen Angriff auf etablierte europäische Standards (KAB 2014; KAB 2014a).

5.3. Deutscher Kulturrat

Der deutsche Kulturrat nimmt eine besondere Rolle in der TTIP-Debatte ein. Als offizielle Unterstützerorganisation der Protestbewegung „Stop TTIP“ zeichnet sich der Kulturrat in der Debatte durch eine besonders ablehnende Haltung gegenüber TTIP aus. Der Dachverband der deutschen Kulturverbände sieht durch TTIP im Wesentlichen den deutschen Kulturbereich, insbesondere die umfangreiche öffentliche Kulturförderung, in deren Existenz bedroht und ruft daher die Kulturschaffenden in Deutschland aktiv dazu auf, die Petition der Bürgerinitiative „Stop TTIP“ zu unterzeichnen.

Auf einer eigens eingerichteten Web-Seite, www.tag-gegen-ttip.de, ruft der Deutsche Kulturrat dazu auf, gegen TTIP zu protestieren. In der Argumentation gegen das Abkommen verweist der Kulturrat nicht nur auf mögliche negative Folgen für den Kulturbereich, sondern bedient sich regelmäßig auch derjenigen Argumente gegen TTIP, die im Zusammenhang mit der Transparenz der Verhandlungsführung, dem Umwelt- und Verbraucherschutz, der Demokratie und den Investor-Staat-Schiedsgerichten stehen.

Zu den Kernforderungen des Deutschen Kulturrats gehört es, dass die aktuellen Verhandlungen beendet und unter einem Verhandlungsmandat fortgeführt werden, welches unter der Einbeziehung des neu gewählten Europäischen Parlaments, dem Rat und der Parlamente der Mitgliedstaaten neu formuliert wird. Besonders wichtig ist dem Kulturrat die Forderung, die öffentliche Subventionierung von Kultur und Medien konsequent von den Verhandlungen auszunehmen. So heißt es in einer Stellungnahme: „TTIP-Ausnahmen für Kultur und Medien dürfen sich nicht allein auf die bestehenden Förderinstrumente beziehen, sondern müssen zugleich neue, noch entstehende Förderinstrumente erlauben, um zukunftsfähig zu sein.“ (Kulturrat 2014)

5.4. Die Verbände der Wirtschaft

Die Verbände der deutschen Wirtschaft sehen in TTIP neben deutlichen Handels-erleichterungen vor allem die Möglichkeit, hohe Sozial-, Gesundheits- und Verbraucherschutzstandards auf globaler Ebene voranzutreiben. Damit greifen die Verbände der Wirtschaft nicht nur die Sorgen und Ängste auf, TTIP würde die europäischen Errungenschaften in diesen Bereichen unterminieren. Sie verweisen vor allem auch auf die positive Signalwirkung, die von TTIP auf andere Länder weltweit ausgehen würde. Der Bundesverband der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) argumentiert in diesem Sinne: „Es geht bei TTIP um „fair play“ im transatlantischen und globalen Handel, um transparente Regeln, und nicht um die Absenkung von bestehenden Standards und Schutzrechten. [...] Bessere Regeln in den transatlantischen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen können ein Vorbild für die Weltwirtschaft sein.“ (BDA 2014)

Auch der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), der sich im Vergleich zu anderen Wirtschaftsverbänden überdurchschnittlich stark für TTIP ausspricht, verweist auf das Potenzial von TTIP, die Globalisierung „fair“ zu gestalten (BDI 2014). Die Wirtschaftsverbände sehen in TTIP darüber hinaus vor allem die Möglichkeit, über Zollsenkungen hinaus auf eine bessere Regulierung von Produkten und Dienstleistungen hinzuarbeiten und auch in Zukunft bei der Findung von Regulierungen und technischen Normen gemeinsam bessere Resultate zu erzielen. Auch der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) verweist darauf, dass sich durch eine verbesserte Regulierungszusammenarbeit unangemessene Handelsbarrieren in der Zukunft vermeiden ließen, wovon insbesondere der deutsche Mittelstand profitieren würde (DIHK 2014).

Mit Blick auf die geplanten Investorenschutzklauseln in TTIP verweisen die Verbände der Wirtschaft häufig auf die überzogenen Ängste, die im Wesentlichen von der Protestbewegung gegen TTIP geschürt wurden. Der BDI begrüßt klar den Austausch zwischen der Europäischen Kommission und zivilgesellschaftlichen Gruppen zum Investorenschutz, fordert aber auch, dass die Investitionen und der Marktzugang deutscher Unternehmen im Ausland weiterhin geschützt werden müssten. Der BDI äußerte zugleich auch die Notwendigkeit, dass es Regierungen und Parlamenten weiterhin möglich sein müsse, Gesetze zum Gemeinwohl ihrer Bürger zu erlassen (BDI 2014a).

Der DIHK verweist hinsichtlich der Kritik an Investitionsschutzabkommen darauf, dass in der Debatte „Risiken angeführt [werden], die nicht oder zumindest nicht in dieser Ausprägung existieren [...]“ Schiedsgerichtsklauseln würden andere Länder, darunter China und vor allem die Schwellenländer, dazu bewegen, auf Vereinbarungen zum Investorenschutz zukünftig zu verzichten. Ferner weist der DIHK darauf hin, dass es keinen Rechtsraum gebe, der dagegen gefeit ist, eigene Anbieter zu bevorzugen. Schiedsgerichtsklauseln könnten aus diesem Grund „ein wichtiges Korrektiv“ sein (DIHK 2014a). Auch in einer gemeinsamen Erklärung von BDA, BDI, DIHK und dem Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) wird ein modernes Investitionsschutzkapitel in TTIP gefordert, weil dieses die „Messlatte für andere Abkommen“ weltweit sein könnte (BDA 2014a).

Auch der Verband der Familienunternehmer (ASU) und der Bundesverband der Mittelständischen Wirtschaft (BVMW) sehen in TTIP die Chance, den Wohlstand in Europa zu steigern und zusätzliches Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze zu schaffen. Mit Blick auf den Investitionsschutz verweist der ASU darauf, dass dieser der Einhaltung völkerrechtlicher Verträge diene und darüber hinaus helfen könne, gerade auch das rechtsstaatliche Gefälle innerhalb der EU zu überwinden (ASU 2014). Bezüglich des Investorenschutzes in TTIP ist der BVMW indessen anderer Ansicht: „Der Investor-Staat-Streitbeilegungsmechanismus ist in dem geplanten TTIP-Abkommen zwischen der Europäischen Union und den USA überflüssig und strikt abzulehnen. Die geplanten Regelungen benachteiligen die mittelständische Wirtschaft, hebeln die Rechtsstaatlichkeit aus und gehen so zu Lasten der Mitgliedsstaaten der EU.“ Der BVMW setzt sich für den Schutz hoher einheitlicher Standards und Schutzniveaus ein, was bedeuten könne, kritische Teilbereiche aus dem Abkommen herauszunehmen und diese zu einem späteren Zeitpunkt zu harmonisieren (BVMW 2014; BVMW 2014a).

6. Fazit und Ausblick

Die Analyse hat gezeigt, dass sich die öffentliche Diskussion über TTIP in Deutschland zu einer Debatte entwickelt hat, die von Vorbehalten geprägt ist. Gleichzeitig ist deutlich geworden, dass TTIP in der öffentlichen Debatte in Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern und den USA einen wesentlich größeren Raum einnimmt. Diese Entwicklung ist zu einem erheblichen Teil auf die koordinierten Kampagnen der Protestbewegung gegen TTIP in Deutschland zurückzuführen, die es geschafft hat, komplexe Inhalte auf plastische negative Botschaften zu reduzieren.

Mit Spekulationen, emotional aufgeladenen Botschaften und kreativen Aktionen ist es der Protestbewegung gelungen, dass ihre Positionen und Forderungen nicht nur in den sozialen Online-Medien, sondern auch in den klassischen Medien multipliziert wurden. In der Folge wurden die Argumente der Protestgruppen zunehmend auch von anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen, den Gewerkschaften und auch den beiden großen Kirchen in Deutschland aufgegriffen. Die Befürworter des Abkommens, darunter vor allem die Verbände der deutschen Wirtschaft, die deutsche Bundesregierung und die Befürworter in den Koalitionsparteien sahen sich zunehmend unter Rechtfertigungsdruck.

Der Widerhall der Kampagnen in Deutschland ist allerdings auch auf eine Vielzahl von Umständen zurückzuführen, die den Protestgruppen ein besonders hohes Mobilisierungspotenzial bescherte. Nach dem offiziellen Beginn der TTIP-Verhandlungen bildete TTIP zunächst die ideale Projektionsfläche für viele Deutsche, die gegenüber

TTIP bildet die ideale Projektionsfläche für viele Bürger, die gegenüber den Institutionen der Europäischen Union und den USA verschiedene Vorbehalte hegen.

den Institutionen der Europäischen Union als auch den USA ohnehin schon verschiedene Vorbehalte hegten. Unter ihnen fanden sich auch zahlreiche Vertreter der Politik, die die Spähaktivitäten der US-Nachrichtendienste diskreditierten und lautstark einen Abbruch der Verhandlungen über TTIP forderten. Durch die Intransparenz zu Beginn der Verhandlungen sank darüber hinaus auch das Vertrauen der Deutschen darauf, dass die Europäischen Institutionen, insbesondere die Europäische Kommission, deutsche Interessen angemessen vertreten.

Die aktuell geführte Debatte zeigt zudem, dass es den TTIP-Befürwortern im Gegensatz zu den Protestgruppen bislang nicht gelang mit ihren Argumenten zu überzeugen. Die Kritiker des Abkommens agieren proaktiv. Sie adressieren vor allem Detailfragen des Abkommens und bereiten diese so auf, dass sie für deren Zielgruppen griffig und leicht zu verstehen sind. Die Befürworter agierten bislang vor allem reaktiv und positionierten sich im Wesentlichen entlang abstrakter Argumentationslinien.

Die Wirtschaft und deren Verbände haben sich mit konkreten Positionen und breit angelegten Kampagnen bislang nicht spürbar in der Debatte zu Wort gemeldet. Dies ist vor allem der Tatsache geschuldet, dass die Verhandlungen bisher keine konkreten Ergebnisse hervorgebracht haben. Mit Ausnahme des Verhandlungsmandats und der Positionen der Verhandlungspartner gibt es keine konkreten Texte über bereits erzielte Vereinbarungen. Mit einem stärkeren Engagement der Vertreter der Wirtschaft kann erst gerechnet werden, nachdem konkrete Verhandlungsergebnisse vorliegen und konkrete Resultate entsprechend benannt werden können. Im Nichtvorliegen nennenswerter Verhandlungsergebnisse liegt auch der Hauptgrund dafür, dass sich die Wirtschaft bislang im Wesentlichen gefordert sah, die Spekulationen der TTIP-Kritiker sachlich und fachlich fundiert zu adressieren.

Einiges spricht dafür, dass die öffentliche Debatte zukünftig ausgewogener geführt werden wird. Die Protestbewegung gegen TTIP hat es geschafft, eine breitere Öffentlichkeit auf einige wichtige Aspekte des Abkommens aufmerksam zu machen, die auch unter Experten kontrovers diskutiert werden. Die Polemisierung, rigorose Selektion der Themen, die Darstellung von überzogenen Ängsten und die Inflation von Handlungsaufforderungen im Internet dürfte auf Dauer für viele Bürger allerdings weniger attraktiv, weniger glaubwürdig und damit nicht mehr überzeugend sein.

LITERATURVERZEICHNIS

- *Attac, 2014, TTIP Unfairhandelbar – TTIP-Protestbündnis in Deutschland*, <http://www.attac.de/kampagnen/freihandelsfalle-ttip/hintergrund/aktionsbuendnisse/> [18.02.2015].
- *Attac Bremen, 2014, Offener Brief an alle Bremer SPD-Mitglieder besonders an die Mitglieder der SPD-Fraktion der Bremischen Bürgerschaft die Bremer Mitglieder des SPD-Parteikonvents die Vorsitzenden der SPD – Unterbezirke Bremen den Landesvorstand der SPD Bremen den Bremer SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament: Was folgt aus den „Roten Linien“ bei TTIP und CETA?*, 21. November 2014, <http://ttip.attac-bremen.eu/uploads/ttipmaterial/Offener%20Brief%20an%20Bremer%20SPD-2-1-1.pdf>.
- *ASU, 2014, TTIP – Transatlantische Investitions- und Handelspartnerschaft: ein Familienunternehmer-Plädoyer für den Freihandel.*
- *Bautz, 2008, Campact – Demokratie in Aktion, BBE-Newsletter 04/2008.*

- *Bauer, 2015, Klicks gegen TTIP: Netz-Aktivismus als Mittel zur Massenmobilisierung, Konrad-Adenauer-Stiftung, Analysen & Argumente und Argumente Nr. 171, 2015.*
- *Bautz, 2014, Christoph Bautz, Geschäftsführender Vorstand des Vereins Campact, zitiert in: Organisation Campact, Die Profi-Mobilisierer gegen den Freihandel, FAZ-Artikel vom 19. Juli 2014, http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/campact-die-profi-mobilisierer-gegen-den-freihandel-13054810-p3.html?printPagedArticle=true#pageIndex_3 [20.02.2014].*
- *Bautz, 2015, Schnell viel bewegen, in: Politik und Kultur, Januar/Februar 2015.*
- *BDA, 2014, TTIP: Chance für globales «fair play» mit hohem Sozial- Gesundheits- und Verbraucherschutz, BDA-Argumente vom Oktober 2014.*
- *BDA, 2014a, Chancen für Beschäftigung und Wirtschaft nutzen, Gemeinsame Erklärung von BDA, BDI, DIHK und ZDH vom 10 November 2014.*
- *BDI, 2014, TTIP muss Maßstab für's 21. Jahrhundert setzen, Pressemitteilung vom 27.03.2014.*
- *BDI, 2014a, Schutzmechanismus gegen ungerechtfertigte Klagen, BDI Hauptgeschäftsführer Stefan Mair, Pressemitteilung vom 22.01.2014.*
- *BOZ, 2013, Campact: Demokratie in Aktion, Bamberger Onlinezeitung, Beitrag vom 28.04.2013, <http://www.bamberger-onlinezeitung.de/2013/04/28/campact-demokratie-in-aktion/> [31.01.2015]*
- *Brot für die Welt, 2014, Nachhaltige Handelspolitik statt TTIP, Das EU-USA-Freihandelsabkommen birgt Gefahren für den Süden, Mai 2014.*
- *BVMW, 2014, Stellungnahme im Rahmen des Konsultationsverfahrens der EU-Kommission zum Investitionsschutz im geplanten Transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP.*
- *BVMW, 2014a, TTIP – Chancen und Risiken für den Mittelstand, Positionspapier des BVMW vom Dezember 2014.*
- *CAB, 2015, Online-Appelle alleine bringen nichts, Campact Vorstand Günter Metzges im Interview, Campaigning Academy Berlin, 15.01.2015, <http://campaigning-academy.com/campact-vorstand-guenter-metzges-interview/> [31.01.2015].*
- *Campact, 2013, Transparenzbericht 2013, http://blog.campact.de/wp-content/uploads/2014/08/campact_transparenzbericht2013.pdf.*
- *Campact, 2014, Satzung des Vereins Campact e.V. vom Stand: 19. September 2014.*
- *Cash, 2013, The Rise of Clickocracy: Politics for a Digital Age.*
- *DBK, 2014, Kardinal Marx: In Europa das Vertrauen der Bürger wiedergewinnen, Pressemitteilung der Deutschen Bischofskonferenz vom 10. Juni 2014.*
- *DGB, 2014, Stellungnahme zu den geplanten Verhandlungen für ein Handels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA vom 29. April 2013.*

- DGB, 2014a, DGB zu TTIP: Kein Investitionsschutz, kein Abbau von Standards, Pressemitteilung vom 30. Januar 2015.
- DIHK, 2014, TTIP: Gründlichkeit vor Schnelligkeit, DIHK-Präsident Eric Schweitzer, Pressemitteilung vom 10. März 2014.
- DIHK, 2014a, TTIP: Es werden Risiken angeführt, die nicht existieren, Handelsblatt-Interview mit Volker Treier (stellvertretender Hauptgeschäftsführer) vom 5. Januar 2015.
- EKD, 2014, Beschluss zum geplanten Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP), 12. November 2014.
- Euractiv, 2014, TTIP verdirbt Junckers Geburtstagsparty, 19.12.2014, <http://www.euractiv.de/sections/eu-aussenpolitik/ttip-verdirbt-junckers-geburtstags-party-310660> [18.02.2015].
- Eurobarometer, 2014, November-Umfrage zur Einstellung der Europäer zu TTIP, http://ec.europa.eu/public_opinion/cf/showmap.cfm?keyID=3905&nationID=11,7,28,17,2,16,18,13,6,3,4,22,7,8,20,21,9,23,24,12,19,29,26,25,5,14,10,15,&startdate=2014.11&enddate=2014.11#fcExportDiv [18.02.2015].
- European Voice, 2015, Protesters dominate consultation on US investment, <http://www.europeanvoice.com/article/protesters-dominate-consultation-on-us-investment/> [27.01.2015].
- FAZ, 2013, Transatlantische Freihandelszone – Zusammenrücken mit einem ehrgeizigen Zeitplan, 29. Juni 2013, <http://www.faz.net/aktuell/politik/transatlantische-freihandelszone-zusammenruecken-mit-einem-ehrgeizigen-zeitplan-12263982.html> [18.02.2015].
- FAZ, 2014, Aufmacher zum Artikel „Stopp TTIP: Einig nur gegen den Konzernkapitalismus“, Seite 17 und 19, 27. Dezember 2014.
- Foodwatch, 2014, Pressemitteilung: Aktuelle Umfrage zu TTIP: Zustimmung zum Freihandelsabkommen sinkt – jeder Vierte will Stopp der Verhandlungen – foodwatch wirft Bundesregierung Täuschung vor, <http://www.foodwatch.org/de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung-aktuelle-umfrage-zu-ttip-zustimmung-zum-freihandelsabkommen-sinkt-jeder-vierte-will-stopp-der-verhandlungen-foodwatch-wirft-bundesregierung-taeschung-vor/> [20.02.2015].
- GEW, 2014, Stop TTIP – Jetzt erst recht, Position der GEW vom 19. September 2014, http://www.gew.de/Stopp_TTiP_Jetzt_erst_recht.html [20.02.2015].
- Handelsblatt, 2015, Widerstand gegen TTIP – Die Stunde der Schwarzmalen, 9. März 2015, <http://www.handelsblatt.com/politik/international/widerstand-gegen-ttip-die-stunde-der-schwarzmalen/11418260.html> [10.03.2015].
- IG Metall, 2014, Mehr Wachstum und Wohlstand durch liberalisierten Außenhandel? Die IG Metall fordert: Transatlantisches Abkommen zwischen der EU und den USA nur mit höchsten Arbeits- und Sozialstandards!, Wirtschaftspolitische Informationen, Grundsatzfragen und Gesellschaftspolitik Nr. 3, August 2013.
- IG Metall, 2014a, Gemeinsame Erklärung der Akademie der Künste und der IG Metall zum „Freihandelsabkommen“ (TTIP) zwischen der EU und den USA, Pressemitteilung vom 24. Oktober 2014.

- Kolb, 2013, *Das Kampagnennetzwerk Campact im gulli: Interview*, Campact-Geschäftsführer Dr. Felix Kolb im Interview, <http://www.gulli.com/news/21515-das-kampagnennetzwerk-campact-im-gulli-interview-2013-05-13> [10.02.2014].
- KOM, 2014d, *Your request for registration of a proposed citizens' initiative entitled „STOP TTIP“*, 10. September 2014, <http://ec.europa.eu/citizens-initiative/public/initiatives/non-registered/details/2041>.
- KOM, 2015, *Report: Online public consultation on investment protection and investor-to-state dispute settlement (ISDS) in the Transatlantic Trade and Investment Partnership Agreement*, 13.01.2015.
- Kulturrat, 2014, *Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zu den TTIP-Verhandlungen vom 18. Juni 2014*, <http://www.kulturrat.de/detail.php?detail=2865&rubrik=4> [20.02.2015].
- Leitschuh, 2012, *Neue Organisationen: Aktivierung der Zivilgesellschaft*, in: *Jahrbuch Ökologie 2012*.
- Mehr Demokratie e.V., 2014, *Termine & Kontakte zur „Stop TTIP“-Kampagne*, <http://www.mehr-demokratie.de/stopttip-termini.html> [10.04.15]
- Metzges, 2005, *Zu den Chancen des digitalen Massenprotestes – Im Internet entsteht das Online-Bürgernetzwerk „Campact“*, in *nr-Werkstatt: Online-Journalismus: Chancen, Risiken und Nebenwirkungen der Internet-Kommunikation*.
- PEW, 2013, *The Public Supports a Transatlantic Trade Pact – For Now*, 19. Februar 2013, <http://www.pewglobal.org/2013/02/19/the-public-supports-a-transatlantic-trade-pact-for-now-2/> [18.02.2015].
- Rudloff, 2015, in *Widerstand gegen TTIP – Die Stunde der Schwarzmalerei*, Handelsblatt-Artikel vom 9. März 2015, <http://www.handelsblatt.com/politik/international/widerstand-gegen-ttip-die-stunde-der-schwarzmalerei/11418260.html> [10.03.2015].
- Stop TTIP, 2014, *TTIP und CETA: Europäische Bürgerinitiative reicht Klage vor dem EuGH ein*, Pressemitteilung vom 10. November 2014.
- TTIP unfairhandelbar, 2013, *Pressemitteilung: Transatlantische Partnerschaft geht anders*, 17. Juni 2013.
- TTIP unfairhandelbar, 2014, *„TTIP“ Nein Danke! Transatlantische Partnerschaft geht anders*, Positionspapier deutscher Nichtregierungsorganisationen zum geplanten Freihandels- & Investitionsabkommen EU – USA (TTIP), 3. Auflage vom September 2014.
- Umweltinstitut München, 2014, *Über 700.000 Unterschriften gegen das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP übergeben*, Pressemitteilung vom 23. Mai 2014.
- VERDI, 2014, *Stellungnahme zum geplanten Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA vom Februar 2014*.

- Voss, 2014, *Grassrootskampagnen und E-Petitionen als Mittel zivilgesellschaftlicher Partizipation*, in: *Internet und Partizipation – Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet*.
- Vowe, 2014, *Digital Citizens und Schweigende Mehrheit: Wie verändert sich die politische Beteiligung der Bürger durch das Internet? Ergebnisse einer kommunikationswissenschaftlichen Langzeitstudie*, in: *Internet und Partizipation – Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet*.
- Zeit Online, 2014, *Nicht nachlassen*, <http://www.zeit.de/wirtschaft/2015-01/ttip-investorenschutz-konsultation-malmstroem> [27.01.2015].

- 1| Eine EBI ist eine Aufforderung an die EU Kommission, einen Rechtsakt in Bereichen vorzuschlagen, in denen die EU zuständig ist. Eine EBI muss von mindestens einer Million EU-Bürgerinnen und Bürger aus mindestens 7 der 28 Mitgliedstaaten unterstützt werden. In jedem dieser 7 Mitgliedstaaten ist eine Mindestanzahl von Unterstützern erforderlich.
- 2| So beispielsweise auf einer Seite der Organisation Foodwatch, die über eine EU-weite Umfrage zu TTIP informiert (Foodwatch 2014).
- 3| Vowe (2014, S. 25) beschreibt die „digital citizens“ als eine Gruppe von Bürgern, die „ihre (politischen) Kommunikationsroutinen in einer von Online-Medien dominierten Welt entwickeln. Von dieser Gruppe gehen Impulse aus, die zu einem strukturellen Wandel der politischen Kommunikation führen.“ Die Gruppe der sog. digitalen Bürger umfasst etwa 15 Prozent der deutschen Bevölkerung. Ihr politisches Interesse ist unterschiedlich stark ausgeprägt. Die politischen Kommunikationsaktivitäten dieser Gruppe sind allerdings durch die Online-Medien geprägt.
- 4| Auf der Webpräsenz von Mehr Demokratie e.V. werden zum Beispiel sämtliche Kontakte, Termine für Veranstaltungen und Unterschriftensammelaktionen in Deutschland veröffentlicht (vgl. <http://www.mehr-demokratie.de/stopttip-terme.html>).
- 5| Vergleichbare Organisationen sind: Avaaz (weltweit aktives Kampagnennetzwerk, 41 Millionen registrierte Nutzer), Change.org (nach eigenen Angaben die derzeit größte Petitionsplattform der Welt mit 85 Millionen Nutzern aus 196 Ländern, die die Plattform bislang nutzten), SumOfUS (weltweit aktiv, 5,5 Millionen registrierte Nutzer), GetUp (Australien, 600.000 registrierte Mitglieder) und 38 Degrees (Großbritannien, 2,5 Millionen registrierte Nutzer). Stand Januar 2015.
- 6| Die Bewegungsstiftung fördert soziale Bewegungen, die sich für Ökologie, Frieden und Menschenrechte einsetzen. Im Jahr 2013 verfügte die Stiftung über ein Vermögen von über 4 Millionen Euro und konnte ein Spendenaufkommen von 400.000 Euro verzeichnen. Sitz der Stiftung ist, ebenso wie der des Vereins Campact, Verden. Unter dem Dach der Bewegungsstiftung wurde 2003 auch die „Stiftung bridge – Bürgerrechte in der digitalen Gesellschaft“ gegründet, die digitale soziale Bewegungen unterstützt.
- 7| Darüber hinaus arbeitet Campact mit einem Beraterkreis zusammen, dem zum einen Vertreter anderer zivilgesellschaftlicher Gruppen, aber auch Vertreter aus Parteien und der Wissenschaft angehören. Mitglieder des Beraterkreises sind u.a. der heutige Grünen-Europaabgeordnete Sven Giegold sowie die ehemalige Vorsitzende des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Dr. Angelika Zahrt. Der Beraterkreis ist nach eigenen Angaben gegenwärtig nicht aktiv (vgl. Campact-Website <https://www.campact.de/nebenekft/beraterkreis/> [31.01.2015] sowie BOZ 2013).
- 8| Während breite Teile der SPD-Basis skeptisch gegenüber TTIP eingestellt sind und regelmäßig eindeutige rote Linien für die Verhandlungen fordern, zeigte sich die SPD-Führung in dieser Hinsicht bislang weniger rigoros.
- 9| Die Bremer Ortsgruppe des Anti-Globalisierungsbündnisses Attac wendete sich beispielsweise nach dem SPD-Parteikonvent mit einem offenen Brief an die Bremer SPD, in dem sie die Sorge um „die roten Linien“ der SPD bekundete. In dem Schreiben forderte Attac die SPD explizit dazu auf, auf die Aufhebung des bestehenden TTIP-Verhandlungsmandats hinzuwirken (Attac Bremen 2014). Offene Protestschreiben wurden der SPD auch von Attac-Ortsverbänden aus anderen deutschen Städten zugetragen.

Der Autor

*Dr. Matthias Bauer, Senior Economist, European Centre for
International Political Economy (ECIPE), Brüssel*

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Ansprechpartnerin:

Cvetelina Todorova

*Koordinatorin Grundsatzfragen Ordnungspolitik und Soziale Marktwirtschaft
Hauptabteilung Politik und Beratung*

Telefon: +49(0)30/26996-3595

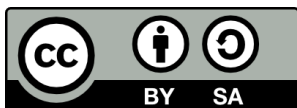
E-Mail: cvetelina.todorova@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Kontakt zum Thema Publikationen:

publikationen@kas.de

www.kas.de



*Der Text dieses Werkes ist
lizenziert unter den Bedin-
gungen von „Creative Com-
mons Namensnennung-
Weitergabe unter gleichen
Bedingungen 3.0 Deutsch-
land“,
CC BY-SA 3.0 DE
(abrufbar unter:
[http://creativecommons.
org/licenses/by-sa/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/))*

*Bildvermerk Titelseite:
By Empire St. Pauli
CC BY-NC-SA 2.0
(abrufbar unter:
[https://creativecommons.
org/licenses/by-nc-sa/2.0/
en](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/2.0/en/)), via www.flickr.com*